

Christian Krell

Die offene Gesellschaft stärken, die nackte Gesellschaft verhindern

In einer der populärsten Utopien des 19. Jahrhunderts versuchte Edward Bellamy einen »Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887«. Der Bestseller wurde besonders in der Arbeiterbewegung viel gelesen. Er beschreibt einige Entwicklungen des Jahres 2000 mit erstaunlicher Treffsicherheit. So wird z.B. die Erfindung von Kreditkarten vorweggenommen. Auch berichtet er von einem telefonbasierten Übertragungssystem für Konzerte, bei dem sich der einzelne Nutzer seine Lieblingsmusik ganz individuell zusammenstellen kann. Unmittelbar kommen einem Spotify oder Youtube in den Sinn.

Edward Bellamy beschreibt für das Jahr 2000 eine freie Gesellschaft, in der nicht die ökonomische Verwertbarkeit des Menschen im Mittelpunkt steht, sondern seine freie Entfaltung. Was Bellamy nicht vorhersehen konnte ist, wie tief die Gesellschaften der Gegenwart von der Digitalisierung durchdrungen sind. Egal ob Mobilität, Arbeiten, Wertschöpfung oder intimste soziale Beziehungen – es gibt kaum einen Bereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens, der nicht von der Digitalisierung geprägt ist. Was aber bedeutet dies für eine offene Gesellschaft, die auf die freie Entfaltung des Einzelnen abzielt?

Zweifellos sind die Chancen einer digitalen Gesellschaft im Sinne einer freieren Gesellschaft immens. War es noch vor 25 Jahren in einem katholischen Dorf in der Eifel ein isolierender Prozess, wenn sich ein heranwachsender Mensch zu seinen homoerotischen Neigungen bekannte und sich anderen offenbarte, so findet er heute – den Algorithmen sei Dank – über die sozialen Netzwerke nicht nur Gleichgesinnte, sondern auch soziale Räume, in denen er frei von Ängsten und Stigmatisierungen kommunizieren und leben kann. Mithin

eröffnet die Digitalisierung neue Räume, in denen sich Interessen artikulieren und formieren können und damit auch mehr Freiheitsspielräume entstehen.

Zugleich zeigen sich auch erhebliche Gefährdungen für eine freie Gesellschaft, die vor allem mit den exponentiell wachsenden Datenmassen einhergehen. Jeder hinterlässt digitale Spuren. Und das nicht nur intentional etwa durch Suchanfragen, persönliche Angaben in sozialen Netzwerken oder *likes* in sozialen Medien, sondern ständig und nicht-intentional, etwa durch Bewegungsprofile über das Smartphone oder Konsummuster beim Einkaufen. Diese Daten werden von professionellen Anbietern zusammengeführt und mit immer raffinierteren Algorithmen ausgewertet.

Für den Konsumenten hat das durchaus verführerische Konsequenzen: Ich erhalte passgenaue Werbung, nicht für Hundefutter, sondern für genau das Katzenfutter, das meine Katze liebt. Antworten auf meine Suchanfrage werden genauestens auf meine Interessen bezogen. Und praktischerweise hat der Online-Händler kurze Lieferfristen, weil er aus meinen Daten schon weiß, was ich als nächstes bestellen werde. Mit beeindruckender mathematischer Genauigkeit kann nicht nur das menschliche Verhalten vorhergesagt werden, auch menschliche Beziehungen untereinander und damit der gesellschaftliche Zusammenhang werden zu berechenbaren Größen.

Interesse daran besteht vor allem aus zwei Richtungen: von Seiten privater Unternehmen im Sinne ihrer Profitmaximierung und von staatlicher Seite im Sinne heimdienstlicher Überwachung. So unterschiedlich die beiden Akteurskonstellationen sind, so ähnlich sind ihre Interessen:

Sie wollen am besten vollständige Transparenz über das menschliche Handeln, um es vorhersagen zu können. Privatheit, der Rückzug aus der öffentlichen Beobachtung, soll überwunden werden.

Was aber passiert mit einer offenen Gesellschaft, wenn sie zu einer vollständig

*Die nackte
Gesellschaft wird
unfrei*

transparenten, gleichsam nackten Gesellschaft wird? Die Antwort ist eindeutig: Eine vollständig transparente Gesellschaft wird zu einer unfreien Gesellschaft. Wenn nicht nur jeder Klick nachvollzogen werden kann, sondern auch jede Bewegung, stellt sich unweigerlich die Frage: Wird das gegen mich verwendet? Wenn ja, wie und von wem?

Privatheit ist die Voraussetzung von Autonomie. Wirklich freie Entscheidungen sind nur dann möglich, wenn klar ist, dass nicht jede meiner Handlungen öffentlich ist und Konsequenzen hat. Juli Zeh hat es treffend auf den Punkt gebracht: »Wer von allen Seiten angestarrt wird, geht jeder Chance verlustig, sich frei zu entwickeln.« Wie recht sie hat, bestätigt indirekt die Empfehlung des Google-CEO Eric Schmidt: »Wenn es etwas gibt, von dem Sie nicht wollen, dass es irgendjemand erfährt, sollten Sie es vielleicht ohnehin nicht tun.« Eine offene Gesellschaft braucht geschützte Räume, Vertrauen und Vertraulichkeit und die Gewissheit, dass das Individuum selbst darüber entscheidet, was es anderen zugänglich machen will und was nicht.

Grundsätzliche Einwände gegen diese Behauptung kommen von Post-Privacy-Protagonisten. Sie gehen davon aus, dass Privatheit, Datenschutz und damit mögliche individuelle Datensouveränität von der technischen Wirklichkeit überholte Konzepte seien. Stattdessen komme es darauf an, eine Gesellschaft zu schaffen, in der niemand mehr Diskriminierungen aufgrund einer öffentlich gewordenen Information fürchten müsse. Weltanschauungen, sexuelle Präferenzen, Glaube, Träume

– die Öffentlichkeit all dieser Informationen über das Individuum müssten völlig unproblematisch sein, weil niemand mehr negative Folgen dieser Informationen scheuen müsse – so diese Position.

Mindestens drei Einwände müssen gegen diese Vorstellung formuliert werden: Erstens wird hier die sich gegenwärtig abzeichnende technisch-kapitalistische Entwicklung als gegeben angenommen. Zweitens ist sie aber menschengemacht und entsprechend auch von Menschen gestaltbar. Zweitens ist eine Gesellschaft, in der jede Information transparent sein kann ohne dass das Individuum diskriminiert wird, nicht nur schwer vorstellbar, vor allem ist ihr dauerhafter Bestand unwahrscheinlich.

In den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es in vielen Teilen der Welt Rückschritte in Bezug auf einmal erreichte Freiheitsgrade. Was passiert also, wenn die einst bestehende Liberalität zurückgenommen wird, die Daten über mich aber nach wie vor vorliegen? Und drittens schließlich blenden die Post-Privacy-Protagonisten aus, dass es ein entscheidendes Merkmal eines freien Individuums ist, selbst darüber zu entscheiden, wie viel von meinem Innersten nach außen getragen werden soll. Nur wer selbst darüber entscheiden kann, was öffentlich wird und was nicht, ist wirklich frei. Und nur unter diesen Bedingungen kann sich eine freie Gesellschaft entfalten.

Was also tun, wenn ich will, dass ich darüber entscheide, welche Nachrichten ich lese und nicht der Algorithmus? Wenn ich mich für eine Sportart entscheiden will und diese Entscheidung nicht von der Risikobewertung meiner Krankenkasse für mich erledigt werden soll? Wenn ich den Zeitpunkt meines Outings bestimmen will und nicht Facebook das für mich übernehmen soll? Was also tun, um die Chancen der Digitalisierung für eine freie Gesellschaft zu nutzen und die Risiken zu minimieren?

Es gilt zunächst die Akteure in den Blick zu nehmen, die das größte Interesse an dem gläsernen und berechenbaren Menschen und der nackten Gesellschaft haben, die privaten Konzerne und die staatlichen Überwachungsstrukturen.

Staatliche Akteure sind bei Fragen zur freien Gesellschaft janusköpfig. Einerseits sind sie es – vor allem die Geheimdienste der »Five Eyes« (USA, Großbritannien, Australien, Neuseeland und Kanada) –, die die Überwachung in einem Maß forciert haben, welches sich selbst George Orwell kaum hätte ausdenken können. Andererseits sind es natürlich auch demokratische staatliche Strukturen, die Rahmenbedingungen für die digitalisierte Gesellschaft aushandeln und durchsetzen können, wenn ihre Bürger es wollen. Angesichts der Reichweite dieser Fragen ist klar, dass es dabei auf transnationales Handeln ankommt. Die europäische Ebene könnte dabei eine besonders wichtige Rolle spielen.

In Bezug auf privatwirtschaftliche Konzerne ist die technische Infrastruktur selbst in den Blick zu nehmen. Wichtige europäische Datenleitungen sind im Besitz britischer und US-amerikanischer Unternehmen, auf die wiederum von den Geheimdiensten der jeweiligen Länder zugegriffen wird. Wer nicht will, dass, wie Peter Glotz es schon 2000 weitsichtig formuliert hat, »die wichtigste Branche des 21. Jahrhunderts einer Handvoll internationaler Großkonzerne« ausgeliefert wird, der muss über öffentliche Infrastruktur und öffentliche Güter reden. Mittelfristig würde das auch eine echte Netzneutralität gewährleisten.

Die entscheidende Frage allerdings wird der Umgang mit den »Rohstoffen des 21. Jahrhunderts«, den Daten sein. Auch hier zeigt sich eine problematische Ten-

denz zu Datenmonopolen bei einigen wenigen Konzernen. Es ist das natürliche Interesse dieser Konzerne, ihren Profit zu steigern und dafür immer mehr Daten zu nutzen, zu kombinieren und zu vermarkten. Im Interesse einer freien Gesellschaft muss dieses Interesse aber eingehegt werden.

Modelle der Sozialisierung der Daten, wie sie etwa Evgeny Morozov vorgeschlagen hat, sind hochinteressant. In seinem Entwurf würden Daten verschlüsselt in einer allgemein zugänglichen Datenbank lagern, der Handel mit ihnen wäre verboten. Auch die Möglichkeit, bei einem Konzern entstandene Daten auf Wunsch des Nutzers auch anderen Konzernen zur Verfügung zu stellen (Thomas Hofmann/Bernhard Schöllkopf) sind vielversprechende Diskussionsansätze, um die Selbstbestimmung des Nutzers über ihn betreffende Daten zu stärken. Schließlich muss es darum gehen, mit einem zeitgemäßen Datenschutz die Datensouveränität des Einzelnen zu stärken. Denn die Daten mögen zwar von Konzernen gesammelt und in der Interaktion mit Dritten entstanden sein, verursacht wurden sie aber von einem Individuum, dessen Recht es sein muss, darüber zu verfügen.

Klar ist, dass all das nicht ohne Konflikte gestaltbar ist. Zu groß sind die beteiligten Interessen. Aber – das hat Bellamy bereits vor über 100 Jahren aufgezeigt – nur wenn es gelingt, die Handlungsspielräume des Einzelnen vor den Verwertungsinteressen kapitalistischer Konzerne zu schützen, dann können wir die nackte Gesellschaft verhindern und die offene Gesellschaft leben.

Daten- souveränität des Individuums stärken



Christian Krell

leitet die Akademie für Soziale Demokratie der FES und ist Lehrbeauftragter der Universität Siegen.

christian.krell@fes.de